



Münster, 7. Februar 2023

Stadtwerke sichern, die unbezahlte ÖPNV-Rechnung begleichen

Ratsantrag zur sofortigen Beschlussfassung

Der Rat nimmt zur Kenntnis,

1. dass in den Jahren 2020 und 2021 Beschlüsse einer Rathausmehrheit getroffen wurden, Anpassungen der ÖPNV-Tarife an gestiegene Herstellkosten auszusetzen. Zudem soll ein 29 Euro-Ticket eingeführt werden, durch die zusätzliche Defizite entstehen. Eine ausreichende Gegenfinanzierung wurde bislang nicht bereitgestellt.
2. dass die Stadtwerke Münster daraus eine jährliche Deckungslücke ermittelt haben, die bis zum Jahr 2027 auf 8,9 Mio. Euro anwächst.

Der Rat beschließt:

1. Der Rat stellt eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Stadtwerke sicher. Hierzu soll in 2023 die „Dritte Finanzierungssäule“ genutzt werden, wie sie der Hauptausschuss am 19. Mai 2021 in Auftrag gegeben hat.
2. Kosteneinsparungen durch Ausdünnung oder das Abbestellen von Linien schließt der Rat aus.
3. Bereits heute werden die Stadtwerke Münster ermächtigt in Absprache mit den Partnern im Westfalen-Tarif die jährlichen Tarifmaßnahmen (also Erhöhungen) wieder aufzunehmen.
4. Die Stadtverwaltung legt dem Rat im II. Quartal 2023 eine Umsetzungsvorlage zur Beschlussfassung vor.

Begründung:

Die Stadtwerke Münster sind den finanziellen Folgen politischer Beschlüsse ausgeliefert. Lag die Deckungslücke im ÖPNV im Jahr 2020 noch bei 0,3 Mio. Euro, fehlen bis 2027 8,9 Mio. Euro. Zum Vergleich: Laut Management-Vertrag sollen die Stadtwerke jährlich 6,5 Mio. € an den städtischen Haushalt abführen. Nicht nur diese alljährliche Ausschüttung der Stadtwerke-Dividende ist in Gefahr, sondern auch eine dauerhafte Verschlechterung der Mobilitätsleistungen, des Service und der Infrastruktur für die Kunden. Nach aktuellen Berechnungen des Unternehmens entsteht eine riesige Deckungslücke, die vom Unternehmen selbst kaum mehr gegenfinanziert werden kann. Dieser Fehlbetrag stellt in wirtschaftlicher Hinsicht ein „existenzbedrohendes Defizit“ dar (Berichterstattung der Westfälischen Nachrichten vom 14. Januar 2023).

Dabei müssen die Stadtwerke in den kommenden Jahren großen Herausforderungen auf dem Gebiet des Klimaschutzes gerecht werden, die finanziert werden müssen. Neben den bereits laufenden Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität durch die Verkehrswende und den Umbau der Wärmeversorgung muss der Energiesektor abgesichert bleiben sowie der Ausbau des Glasfasernetzes planmäßig umgesetzt werden. Schließlich darf die Eigenkapitalquote der Stadtwerke nicht sinken, damit Zukunftsaufgaben weiter finanziert werden können.



Die Stadtwerke haben in ihrem Portfolio ein Maßnahmenpaket zur möglichst schnellen Erreichung der Klimaneutralität entwickelt, das bisher konsequent umgesetzt wird:

- Seit 2019 sind Emissionen aus Strom- und Wärmeverbrauch sowie sämtlichen Fahrzeugen und Stadtbussen CO₂-neutral gestellt. Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt investiert das Unternehmen in den Ausbau regenerativer Energien, um nachhaltigen Strom für Münster zu erzeugen. Über das Projekt Green Gecco sind die Stadtwerke zudem an weiteren Windparks beteiligt. Zur Dekarbonisierung der Strom- und Wärmeerzeugung in Münster sind Erdwärme und Solarthermie als Leittechniken in der Wärme, erneuerbare Energien wie Wind und Sonne bei Strom geplant.
- Glasfaserausbau ...
- Es wird sukzessive in innovative Technologien in der Beleuchtung der Stadt investiert.
- Der Ausbau der E-Busflotte und der Wasserstofftechnologien wird vorangetrieben.
- Das Netz der E-Ladestationen wird ausgebaut.

Eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Stadtwerke ist daher unabdingbar, um alle diese Aufgaben zu bewältigen.

Gleichzeitig muss die Stromversorgung für die Kunden bezahlbar bleiben und es darf keine Abstriche im Kundenservice geben. Gerade eine Reduktion von einzelnen Busfahrten oder gar eine Streichung von ganzen Busverbindungen widerspricht dem Ziel der angestrebten Stärkung des ÖPNV im Sinne der Klimaneutralität. Im Gegenteil, das Ziel muss sein, das Busnetz auszubauen und so auszustatten, dass die Fahrgäste einen Anreiz haben, das eigene Auto stehen zu lassen und den Bus zu nutzen.

Diese Ausgangslage war in der Vergangenheit zu verhindern, in dem der Rat der Stadt Münster in der Vergangenheit moderate Preisanhebungen im ÖPNV genehmigt hätte.

Der von der Koalition beschlossene ÖPNV-Fonds, der aus steigenden Preisen für das Parken gespeist werden soll, bietet bislang keine Kompensation für die wachsende Deckungslücke. Auch für das 29-Euro-Ticket, das ab August eingeführt werden soll, ist die Finanzierung dauerhaft noch nicht gesichert. Nach Prognosen der Stadtwerke liegen die Mehrkosten durch das Ticket zwischen 2,8 und 3,5 Millionen Euro.

Bevor die Prognosen der Stadtwerke noch schwieriger werden und über Mitarbeiterentlassungen, Serviceausdünnung und Linienabbestellungen entschieden werden soll, ist es Aufgabe des Rates, die Notbremse zu ziehen. Die Deckungslücke muss ausgeglichen werden und weiterer Schaden von den Stadtwerken abgewendet werden.

gez. Stefan Weber
und Fraktion

gez. Jörg Berens
und Fraktion